



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 14. September 2020  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **P 101 Postulat Keller Irene und Mit. über die Einführung eines obligatorischen Schulfachs «Politische Bildung» auf der Sekundarstufe I / Bildungs- und Kulturdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.  
Jim Wolanin beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Irene Keller hält an ihrem Postulat fest.

Jim Wolanin: Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass die Regierung nicht die Erheblicherklärung beantragt. Es ist unbestritten, dass im Bereich der politischen Bildung auf der Sekundarstufe zu wenig gemacht wurde. Kaum ein Jugendlicher hat schon einmal unsere Verfassung gelesen oder weiss, was Menschenrechte sind und woher sie kommen. Kaum einer kennt die Grundzüge der EU und deren Entschädigungsverfahren – ganz Grundlegendes also, das unser Leben täglich beeinflusst und massgeblichen Einfluss auf unser politisches System hat. Dies könnte man problemlos mit einem eintägigen Workshop auf der Sekundarstufe beheben. Wie gesagt, es ist unbestritten, dass auf der Sekundarstufe zu wenig gemacht wurde. Aber mit dem Lehrplan 21 soll dies verbessert werden. Das ist natürlich erfreulich. Aus der Antwort der Regierung kann man entnehmen, dass es aber noch weitere Massnahmen braucht. Darum schreibt auch die Regierung: «Wir werden deshalb die Behandlung der Themen zur politischen Bildung klar vorgeben, damit keine Lehrperson diese weglassen kann.» Da es diese Regelung der Regierung noch braucht, bin ich der Ansicht, dass man das Postulat nicht mit Verweis auf den Lehrplan 21 ablehnen kann. Mit der teilweisen Erheblicherklärung möchte ich eine Brücke zwischen der Ablehnung und der Erheblicherklärung bauen. Damit möchte ich sicherstellen, dass das Thema nicht einfach vom Tisch ist, sondern dass die notwendigen Vorgaben zum Lehrplan 21 noch gemacht werden. Ich bitte Sie, das Postulat nicht abzulehnen, sondern zumindest teilweise erheblich zu erklären.

Irene Keller: Im Bericht des Bundesrates zum Postulat «Eine umfassende Strategie für die politische Bildung in der Schweiz» kommt dieser zum Schluss, dass es zwar auf allen Stufen und in allen Bereichen ein breites Spektrum an Aktivitäten zur Erreichung der politischen Bildung gibt, dass es aber auch eine Weiterentwicklung braucht und eine Schliessung von vorhandenen Lücken. Dies soll subsidiär geschehen. Diese vom Bundesrat angesprochene Weiterentwicklung muss im Kanton Luzern angegangen werden. Der Regierungsrat legt zwar in seiner Antwort dar, was alles vorhanden wäre. Ich benutze absichtlich den Konditionalis. Die Worte, mit denen die politische Bildung im Lehrplan 21 verankert ist, tönen sehr gut, aus dem Text des Postulats geht aber klar hervor, wie marginal dieser Anteil im Fach Räume, Zeiten, Gesellschaften (RZG) ist; man kann von einem Mauerblümchen reden. Der Regierungsrat räumt auch ein, dass es durchaus möglich ist, dass Lehrpersonen das Thema umgehen können. Wenn wir die heutige Entwicklung der Möglichkeiten der Partizipation der Jugendlichen anschauen – vor allem durch die Digitalisierung, Social

Media, Fake News, Fridays for Future und Weiteres –, so ist diese eine ganz andere als nur schon vor zehn Jahren. Dem gilt es mit Verantwortung Rechnung zu tragen. Wenn wir dann noch über das Stimmrechtsalter 16 reden, so müsste dazu die vorgängige Bildung gewährleistet sein. Aktuell ist sie vage vorhanden, aber nicht fest verankert. Ich bin mit dem Regierungsrat einverstanden, dass politische Bildung ganz unterschiedlich vermittelt werden kann. Im Postulat wird nirgends gefordert, dass sie nur wissensbasiert gelehrt werden soll. Aber es müssen ihr zu einem gewissen Zeitpunkt in der obligatorischen Schulphase Zeit und Raum eingeräumt werden. Die Zuweisung einer Lektion für ein bestimmtes Fach heisst ja nicht, dass diese fix pro Woche stattfinden muss. Das Fach Ethik und Religionen macht dies perfekt vor. Der Satz in der Antwort des Regierungsrates «Wir werden klare Vorgaben machen» lässt hoffen, genügt aber nicht. Politische Bildung muss in der obligatorischen Schulzeit so verankert sein, dass sie sich zielführend auf die Partizipation an unserer Demokratie auswirkt. Aus meiner Sicht ist dies so wichtig wie nie zuvor. Daher halte ich an der Erheblicherklärung des Postulats fest. Um aber etwas zu erreichen und nicht mit «teilweise erheblich» in unsicheren Sphären zu landen, aber auch um der eventuellen Aussage «Soll es denn zulasten einer Lektion Mathematik gehen?» zu begegnen, mache ich folgende Ergänzung: Wenn es in der Prüfung der Forderung gelingt, eine breit abgestützte, wirkungsvolle Lösung zu erarbeiten, die mit Zielvorgaben hinterlegt ist und die auch umgesetzt werden muss und überprüft wird, kann ich mir vorstellen, dass die vorhandene Lücke auch ohne feste Zuweisung einer Lektion geschlossen werden kann. In diesem Sinn halte ich an der Erheblicherklärung des Postulats fest. Ich bitte diejenigen, die mit der teilweisen Erheblicherklärung liebäugeln, für die Erheblicherklärung zu stimmen.

Lisa Zanolla: Die SVP-Fraktion ist mit der Stellungnahme der Regierung zufrieden und lehnt deshalb das Postulat ab. Wie uns in der Antwort auf die Anfrage A 635 von Irene Keller aufgezeigt wurde, ist die politische Bildung eine Aufgabe auf allen Stufen. Die Ziele und die Inhalte unterscheiden sich entsprechend dem Alter der Lernenden. Im Lehrplan 21 wird die politische Bildung in der Sekundarschule im Fachbereich RZG aufgeführt, und zwar mit drei Kompetenzen im Bereich «Demokratie und Menschenrechte». Die erste Kompetenz beinhaltet speziell die Anliegen der politischen Mitwirkung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger, während die beiden anderen Kompetenzen übergreifende Gesamtzusammenhänge vermitteln wollen. Die SVP-Fraktion sieht es als wichtig und richtig an, dass die Schülerinnen und Schüler in erster Linie darlegen können, wie Demokratie entstanden ist, wie sie sich weiterentwickelt hat und sich von anderen Regierungsformen unterscheidet. In der Stellungnahme ist gut ersichtlich, wie im Lehrplan 21 zur ersten Kompetenz Kompetenzstufen abgeleitet werden. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die politische Bildung mit dem Lehrplan 21 mehr als angemessen behandelt wird. Politische Inhalte, Grundwerte und Überzeugungen sollen von zu Hause mitgegeben werden und nicht von der Schule. Die zusätzliche Lektion würde rund 1 Million Franken kosten. Aus diesen Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab.

Thomas Grüter: Ich gebe dieses Votum stellvertretend für Priska Galliker ab. Gegen das Postulat von Irene Keller zu sein, könnte schon fast ein politischer Sündenfall sein. Es muss uns allen in diesem Rat ein Anliegen sein, junge Menschen schon früh an politische Themen heranzuführen, und nur in der obligatorischen Schulzeit ist dies flächendeckend möglich. Leider können wir in dieser Beziehung nicht auf alle Elternhäuser zählen. Im Lehrplan 21 ist die politische Bildung in allen drei Zyklen zu finden. Dazu werden Politik, Demokratie und Menschenrechte über die ganze Schulzeit als fächerübergreifendes Thema behandelt. Aber gerade der Lehrplan 21 ist nun unser Stolperstein. Es kann nicht sein, jetzt schon an diesem Konstrukt «Lehrplan 21» zu schrauben, wenn es noch nicht einmal fertig eingeführt wurde. Erst in zwei Jahren kommen die ersten nach dem Lehrplan 21 unterrichteten Schülerinnen und Schüler aus der Schule. Dann sollte wohl etwa zwei bis drei Jahre später eine fundierte Evaluation dazu gemacht werden. Das ist die Begründung, warum die CVP für die teilweise Erheblicherklärung stimmt. Wir erwarten von der Regierung, dass dieses Thema nicht in einer Schublade versorgt und dann nach einiger Zeit abgeschrieben wird, sondern eine Überprüfung in einigen Jahren, wenn die Zeit dafür reif ist.

Helene Meyer-Jenni: Es ist schade, dass wir über dieses Postulat nicht im Zusammenhang mit dem Vorstoss zum Stimmrechtsalter 16 gesprochen haben. Fast alles, was damals gesagt, befürchtet oder erhofft wurde, spricht genau für ein Schulfach «Politische Bildung». Mit gestärkter politischer Bildung wird eine bessere Basis geschaffen, damit junge Menschen – um es mit den Worten von Samuel Zbinden vom 23. Juni 2020 zu sagen – ihren Senf zu politischen Fragen und Antworten kompetent, differenziert und gestärkt abgeben können. Dieses Ziel unterstützt die SP und damit auch das Postulat von Irene Keller, egal ob mit oder ohne Stimmrechtsalter 16. Der Regierungsrat bestätigt zwar in seiner Stellungnahme, dass ihm politische Bildung wichtig ist. Eine konkrete Massnahme und klare Stärkung, wie sie das Postulat will, möchte er aber nicht. Was schliessen wir daraus? Schöne Worte, aber keine Taten. Es könne nicht für alles ein neues Fach eingeführt werden, sagt die Regierung. Das stimmt, aber eine vertiefte Bildung zur Demokratiefähigkeit rechtfertigt längst eine sogenannte «Sonderbehandlung». Wir haben keine Angst vor weiteren Begehrlichkeiten. Politik ist in demokratischen Systemen immer pluralistisch und daher kontrovers. Darum ist es wichtig, die unterschiedlichen Blickwinkel im Unterricht – nicht nur zu Hause – darzustellen und zur Diskussion zu bringen. Die Lernenden entwickeln dabei unter Berücksichtigung möglicher Ursachen und Folgen eine eigene Sichtweise. Sie lernen so fundiert, was Demokratie ist und wie sie funktioniert. Wenn politische Bildung nur so «nebenbei» im Geschichts- und Geografieunterricht gemacht werden muss, kann diesen anspruchsvollen Inhalten und vor allem auch der Auseinandersetzung und Meinungsbildung nicht sinnvoll begegnet werden. Der Unterricht verkommt zur reinen Institutionenlehre im Sinn von: Wie viele Unterschriften braucht es für eine Initiative? Wie heissen die Bundesräte? Das genügt uns nicht. Immer mehr Kantone erkennen den hohen Stellenwert der politischen Bildung und sprechen ihr deshalb auch fixe Lektionen im Stundenplan zu. Mit unserer Forderung sind wir nicht allein. Die Westschweizer Kantone und der Kanton Tessin kennen die politische Bildung schon. Auch der Kanton Aargau hat diese eingeführt. Die SP-Fraktion will mehr als Lippenbekenntnisse zu unserem demokratischen System und unterstützt daher die Erheblicherklärung dieses Postulats.

Angelina Spörri: Zwei Drittel der 18- bis 24-Jährigen gingen 2019 nicht wählen. Die direkte Demokratie ist klar eine unserer wichtigsten Errungenschaften. Es darf nicht sein, dass junge Menschen aufgrund fehlenden Wissens nicht wählen gehen. Der Wunsch des Jugendparlaments zeigt klar, dass wir diesem Thema in der Schule (zu) wenig Gewicht geben. Das sollte uns zu denken geben. Laut dem Regierungsrat wird mit dem Lehrplan 21 die politische Bildung auf allen Stufen unterrichtet. Klar ist aber auch, dass sie nur ein Teil vieler Themen des Faches RZG ist. So besteht die Gefahr, dass aus zeitlichen Gründen oder wegen persönlicher Präferenzen vonseiten der Lehrpersonen der Inhalt zur politischen Bildung sehr detailliert, nur gestreift oder allenfalls gar nicht behandelt wird. Der Unterricht steht und fällt mit der Lehrperson. Daher reicht uns das Versprechen nicht ganz, die Themen zur politischen Bildung in Zukunft klar vorzugeben. Wir sind aber schon auch der Meinung, dass bei solchen konkreten Forderungen der Entscheid, vor allem wenn dieser Einfluss auf die Wochenstundentafel hat, von den Fachdienststellen bearbeitet und gefällt werden muss. Wir sind zusätzlich der Meinung, dass der alleinige Fokus auf die Sekundarstufe I nicht der richtige Weg ist. Wir sehen vor allem auf der Sekundarstufe II vermehrten Bedarf. Aus diesem Grund ist die GLP-Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Jonas Heeb: Meine Schulzeit ist noch nicht allzu lange her, und ich kann mich noch gut an die politische Bildung erinnern. Das meiste über die Politik habe ich nicht in der Schule, sondern aus Eigeninteresse gelernt. Die Parteinamen und ihre Ideologien auswendig lernen und wiedergeben können und wissen, dass es 100 000 Unterschriften für eine Initiative braucht, ist für mich noch keine politische Bildung. Dennoch sehe ich es anders als meine Vorrednerin Lisa Zanolla, die meint, dass das Zuhause der hauptsächliche Ort der politischen Bildung sei. Was die Regierung schreibt, stimmt auf jeden Fall. Die politische Bildung sollte in allen Fächern interdisziplinär erfolgen. Die G/JG-Fraktion begrüsst trotzdem mehrheitlich das Anliegen, die Einführung eines solchen Schulfachs zu prüfen. Die fächerübergreifende politische Bildung soll natürlich nicht einfach verloren gehen, sie wird

sogar weiterhin unbedingt benötigt, weil die politische Bildung nicht durch ein Fach umfassend abgedeckt werden kann. Es gäbe dabei unendlich viele Aspekte zu berücksichtigen. Trotzdem sind wir der Meinung, dass ein solches Fach die Möglichkeit bietet, den Fokus auf politische Themen zu intensivieren. Uns ist klar, dass man mit einer Lektion pro Woche den Wählerinnen- und Wähleranteil nicht plötzlich auf 80 Prozent erhöhen kann und die Herangehensweise bei einer Einführung dieses Schulfachs darum auch einige Ansprüche voraussetzen würde. Starrer Frontalunterricht zieht hier nicht, es müssen didaktisch und kreativ umfassende Massnahmen zur Anwendung kommen. Für uns wäre es aber der falsche Weg, das Postulat abzulehnen und damit dieser Herangehensweise gar nicht erst eine Chance zu geben. Gerade jetzt, wo das Stimmrechtsalter 16 wahrscheinlich erscheint, nachdem es im Nationalrat gutgeheissen wurde, müssen wir uns hier offen zeigen. Es muss eine Aufgabe sein, unsere Demokratie jungen Menschen näher zu bringen und sie dafür zu begeistern. Ich möchte noch einmal bekräftigen, was Irene Keller in ihrem Votum gesagt hat: Die starre Vorgabe von einer Lektion pro Woche ist nicht so fix zu verstehen, wie sie daherkommt. Da ist mehr Dynamik möglich, was absolut wünschenswert wäre. Dieser Aspekt hat auch in der G/JG-Fraktion zu einzelnen Kontroversen geführt, weshalb auch eine Minderheit unserer Fraktion für die teilweise Erheblicherklärung ist. Ich bitte Sie jedoch um Erheblicherklärung dieses Postulats und diejenigen, die für die teilweise Erheblicherklärung sind, sich noch einmal Gedanken zu machen. Geben Sie dem Anliegen eine Chance, und setzen Sie ein Zeichen für die politische Bildung junger Menschen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Die Kompetenzen für die politische Bildung sind im Fach RZG definiert. Ich verzichte darauf, dies alles zu wiederholen. Die Lehrpersonen sind in der Umsetzung des Unterrichts im Rahmen des Lehrplans ein Stück weit frei. In der Tat gibt es keine systematische Überprüfung, wer genau was unterrichtet und wie. Aber ich denke, da dürfen wir den Lehrpersonen vertrauen. Ich bin überzeugt, dass die politische Bildung nicht einem einzelnen Fach zuzuordnen oder gar als ein eigenes Schulfach in den Lehrplan aufzunehmen ist. Das hätte Konsequenzen für andere Ausbildungsthemen. Ich wäre unter keinen Umständen bereit, die Fächer Deutsch oder Mathematik auch nur etwas zu schwächen. Wenn das Textverständnis nicht vorhanden ist, nützen die politischen Unterlagen auch nichts. Ich bin nicht bereit, darüber zu diskutieren, ob wir Deutsch oder Mathematik allenfalls zulasten eines anderen Schulfachs wie der politischen Bildung schwächen müssen. Ich kann Ihnen aber zusichern, dass wir im Departement prüfen, wo der Unterricht allenfalls verbessert werden muss – dies im Rahmen des Lehrplans 21 – und wie wir verbindliche Vorgaben machen können. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat erheblich.